

Antrag Nr.: 0049/2011/AN
Antragsteller: BL/LI, GAL/HD P&E, Grüne/gen.hd
Antragsdatum: 01.07.2011

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Bebauungsplan für das Areal
Landhausstraße - Blumenstraße -
Rohrbacher Straße - Bahnhofstraße
(Weststadt)
- Aufstellungsbeschluss
- Erlass einer Veränderungssperre**

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 20. Dezember 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	27.07.2011	Ö		
Bezirksbeirat Weststadt/Südstadt	20.10.2011	Ö		
Bauausschuss	15.11.2011	Ö		
Gemeinderat	15.12.2011	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 27.07.2011

Ergebnis: verwiesen in den Bezirksbeirat

Sitzung des Bezirksbeirates Weststadt/Südstadt vom 20.10.2011

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Bauausschusses vom 15.11.2011

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 15.12.2011

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0049/2011/AN

Abbildung des Antrages:

Heidelberg, den 23.6.2011

An Herrn
Oberbürgermeister Dr. E. Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg

Tagesordnungspunkt für den Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich beantrage / wir beantragen folgenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Gemeinderates:

Bebauungsplan für das Areal Landhausstraße - Blumenstraße - Rohrbacher Straße – Bahnhofstraße (Weststadt)

- Aufstellungsbeschluss
- Erlass einer Veränderungssperre

Begründung:

Mit dem Bau des Justizzentrums, den weiteren Planungen im Bereich der Bahnhofstraße und der damit einhergehenden Intensivierung der Nutzung des Gebietes wird ein erheblicher Veränderungsdruck auch auf die angrenzenden Bereiche der Weststadt ausgehen. Insbesondere wird ein Druck zur Nachverdichtung in den Bereichen entstehen, in denen das noch möglich erscheint. Negative Auswirkungen können sich auch durch einen Anstieg der Boden- und Immobilienpreise ergeben, die zu einer Verdrängung der ansässigen Geschäfte führen könnten. Der Bebauungsplan soll dazu beitragen, die bestehenden städtebaulichen, sozialen und gewerblichen Strukturen zu ordnen bzw. zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen,

Arnulf Weiler-Lorentz

**gezeichnet BL/LI,
gezeichnet Fraktion/AG GAL/HD P&E,
gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd**